



16. Landtag von Baden-Württemberg, 33. Sitzung

Mittwoch, 10. Mai 2017, 09:30 Uhr

Aktuelle Debatte – Die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schützen – Arbeitszeit nicht beliebig ausweiten!

Fabian Gramling MdL:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Angst, dass neue Technologien Arbeitsplätze vernichten, die Gesellschaft umkrempeln und sich nur zum Vorteil einiger weniger auswirken können, ist nicht neu.

Bereits vor zwei Jahrhunderten, als sich die Industrialisierung in Großbritannien durchsetzte, wurde insbesondere in Liverpool und Manchester kontrovers die sogenannte Maschinenfrage diskutiert. Damals hatten viele Menschen Angst vor ihrer Zukunft, weil die Dampfmaschine ihre Arbeitsplätze in den Produktionshallen überflüssig machte.

Heute stehen wir wie damals vor einem Umbruch in der Arbeitswelt: Wie wir arbeiten, was wir arbeiten, und wo wir arbeiten. Das ist ein schleichender Prozess, und dieser Prozess hat in den letzten Monaten und Jahren kontinuierlich an Fahrt zugenommen.

Lassen Sie uns aber einmal anschauen, wie der Arbeitsalltag bei vielen Menschen hier im Land heute aussieht. Bereits heute sind Mitarbeiter nicht mehr per se an ihren Schreibtisch im Büro gebunden. Sie können ihre Aufgabe dank digitaler Endgeräte von überall erledigen, ob infolge von Homeoffice am heimischen Esstisch oder vom Café nebenan. Oder man kann infolge flexibler Arbeitszeitmodelle z. B. nachmittags das Büro früher verlassen, kann sein Kind von der Schule oder von der Kita abholen und sich am Abend noch einmal an den Laptop setzen. Gerade diese Flexibilität hat selbst Bundesarbeitsministerin Nahles in einem FAZ-Interview vom 27. Februar dieses Jahres ausdrücklich begrüßt.

Vom digitalen Nomaden, der seine Arbeit von Urlaubsdestinationen weltweit aus verrichten kann, möchte ich hier gar nicht sprechen. Oder vom Crowdworker, der gezielt ein Projekt von einem Unternehmen annimmt und ausführt. Natürlich kann man diese Arbeitsformen verteufeln, liebe SPD; verhindern wird man sie im weltweiten Cluster damit aber mit Sicherheit nicht.

Was ich mit diesem Beispiel skizzieren wollte, ist: So individuell und so vielfältig wie die Menschen in unserem Land sind, genauso individuell werden in Zukunft auch die Arbeitszeitmodelle aussehen.

Wie innovativ und flexibel ein Arbeitgeber gemeinsam mit seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf die Herausforderung des digitalen Wandels reagieren kann, zeigt der schwäbische Mittelständler Trumpf aus Ditzingen. Dort wurde im Herbst 2016 von der Wochen- auf die Jahresarbeitszeit umgestellt. Je nach Auftragslage und Kapazitätsauslastung kann der Mitarbeiter mit der Führungskraft selbst vereinbaren, wie viel Zeit aktuell gearbeitet werden soll. Diese flexible Lösung wurde übrigens gemeinsam mit der IG Metall vereinbart. Von einer Regelung auf dem Rücken der Arbeitnehmer kann daher keine Rede sein.

Doch beim Thema „Flexible Arbeitszeiten“ scheint bei dem einen oder anderen Sozialdemokraten, wie wir heute schon erleben durften, ein automatischer Empörungsreflex einzutreten.

Der Titel der Aktuellen Debatte suggeriert auf jeden Fall, dass man in Deutschland die Arbeitszeit, wenn die SPD nicht so gut aufpassen würde, beliebig ausweiten könnte.

In diesem Zusammenhang wird auch der europarechtlich zulässige Rahmen von 48 Wochenstunden gern kritisiert, auch von meinem Vorredner der SPD-Fraktion. Da möchte ich daran erinnern, dass wir uns zumindest in breiten Teilen dieses Hauses in den letzten Wochen und Monaten immer wieder darauf besonnen haben, positiv über Europa zu reden. Deswegen ist es mir wichtig, nicht nur diese 48 Wochenstunden herauszugreifen, sondern dann fairerweise auch zu ergänzen, dass in dieser EU-Richtlinie auch steht, dass eine tägliche Ruhezeit von mindestens elf zusammenhängenden Stunden verpflichtend ist. Das gilt es dann auch zu berücksichtigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer den digitalen Wandel der Arbeitswelt gestalten will, der braucht Mut, und er braucht innovative Konzepte. Die digitale Transformation und der weltweite Wettbewerb stellen unsere Unternehmen vor große Herausforderungen, welche sich nicht mit weiteren bürokratischen Pflichten und einem engeren regulatorischen Korsett bewältigen lassen. Es ist Aufgabe der Politik, auf die sich ändernden Rahmenbedingungen die passenden Antworten zu finden.

Ich begrüße daher ausdrücklich die Positionierung unserer Wirtschaftsministerin, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, tarifliche Öffnungsklauseln nicht bzw. bei nicht tarifgebundenen Unternehmen mehr Flexibilität durch Betriebsvereinbarungen zu ermöglichen.

Vor einer Woche hat unsere Wirtschaftsministerin die Initiative Wirtschaft 4.0 gestartet. Denn insbesondere für das Innovationsland Baden-Württemberg bringt diese Entwicklung große Chancen mit sich. Bereits heute können ganze Produktionsabläufe in der Fertigung mit intelligenten Programmen gesteuert werden. Für die Arbeitswelt bedeutet dies die Schaffung neuer, attraktiver Arbeitsplätze, welche durch flexible Arbeitszeitkonten und neue lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle zu mehr Innovation und Produktivität sowie Lebensqualität führen können.

Die Digitalisierung kann aber nur erfolgreich sein und dafür sorgen, dass auch unsere nachfolgenden Generationen noch in Wohlstand leben können, wenn wir auf Wirtschaft 4.0 nicht mit Arbeitsrecht 1.0 antworten.

Wir als CDU-Landtagsfraktion werden daher in den kommenden Monaten das Thema „Arbeit 4.0“ als eines der Schwerpunktthemen bearbeiten – die Themen: Flexibilisierung, das Miteinander von Mensch und Maschine sowie der Weiterbildung.

Ausdrücklich möchte ich auch noch darauf hinweisen, dass die CDU-Landtagsfraktion den Vorstoß unseres Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble unterstützt, das Arbeitszeitgesetz – jetzt höre man gut zu! – insbesondere für unsere Gastronomen zu flexibilisieren.

Denn, wenn Herr Born von der SPD bei den Ausführungen des Finanzministers richtig aufgepasst hätte, hätte er mitbekommen, dass ausdrücklich nicht von einer Verlängerung

die Rede war. Sie scheinen in der Rhetorik der 80er-Jahre hängengeblieben zu sein. Ich bin mal gespannt, wo das Schulz-Züglein am Ende des Tages stehen bleiben wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, um hier und heute zielgerichtet über die Gestaltung der Arbeitszeit von morgen zu diskutieren, wäre eines sehr hilfreich gewesen: ein entsprechendes Bundesgesetz. Dies ist zwar seit Wochen von der Ministerin mit einem roten Parteibuch angekündigt, aber es scheint so, als ob man statt inhaltlicher Debatten lieber mit den Zukunftssorgen der Menschen Wahlkampf machen möchte.

Abschließend kann ich an die Adresse der SPD nur sagen: Die Flexibilisierung der Arbeitszeit scheint mir für Sie das zu sein, was die Schwerkraft für so manchen Physiker ist: Man blendet sie bei seinen Überlegungen gerne aus; man ignoriert die möglichen Folgen. – Aber bei einer Sache können Sie sich sicher sein: So real die Schwerkraft ist, so sicher und notwendig wird auch die Flexibilisierung der Arbeitswelt sein.

Danke schön.